

Die Zukunft der Europäischen Union nach der Staatsschuldenkrise Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik

Vortrag am 20. 6. 2012 von Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell: studierte Volkswirtschaft in Wien, ab 1975 bei der Österreichischen Nationalbank tätig, seit 1997 Direktoriumsmitglied der ÖNB und ab 1998 Vize-Gouverneurin der ÖNB und des Internationalen Währungsfonds, von 2003 bis 2011 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank.

Zusammenfassung:

Ursachen der Krise sind Fehlentwicklungen und Fehlannahmen. In einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion spielen Fiskalpolitik, Geldpolitik und Finanzmarktstabilität zusammen. Möglich wäre dies durch bessere Einhaltung und stärkere Überwachung bestehender Verträge oder durch eine stärkere europäische Integration mit dem Ziel einer Fiskalunion, die jedoch Fragen zu Eigenverantwortung / Souveränität bzw. Zentralisierung aufwirft und demokratisch legitimiert sein müsste.

Mehr zum Thema:

Die Europäische Gemeinschaft war anfangs auf Friedenssicherung ausgerichtet, eine gemeinsame Währung wurde ab den 1970er Jahren diskutiert, 1992 beschlossen und letztlich im Jahr 1999 implementiert. Die ersten 10 Jahre der Währungsunion liefen sehr gut, vor allem Länder mit traditionell hoher Inflationsrate profitierten von den niedrigen Zinsen. Die Überwachung der Wirtschaftspolitik war ursprünglich geplant gewesen, wurde jedoch nicht umgesetzt – ein Fehler aus heutiger Sicht. Das Vertrauen in das Projekt Europa, sowohl intern wie auch extern, ist durch die aktuelle Krise reduziert, dadurch wurden auch finanzielle Mittel abgezogen.

Den USA und Großbritannien ist es scheinbar besser gelungen aus der Krise zu kommen; dort werden Staatsanleihen von den Notenbanken gekauft – in einem Bundesstaat leichter als in einem Staatenverband wie Europa. In der Eurozone ist dies verboten wegen der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit.

Prinzipiell hat die Währungsunion ein gutes Rahmenwerk, die Regeln wurden jedoch unterschiedlich interpretiert. Ursachen der Krise sind Fehlentwicklungen und Fehlannahmen. So wurde angenommen, dass sich die Mitgliedsländer passend zur Währungsunion verhalten würden – stattdessen wurden Vorteile genutzt, ohne die Wirtschaftspolitik entsprechend anzupassen. In der Krise hat man sich auf die Schulden und das Defizit fokussiert, anstatt vielfältige Indikatoren mit einzubeziehen. Jedes Land kümmerte sich um die eigenen Banken, grenzüberschreitende Wechselwirkungen zwischen den Banken wurden ausgeklammert. Regierungen und Notenbanken reagierten auf die Krise ab 2008 adäquat, mit Konjunkturprogrammen und Bankenhilfen, wodurch die Kreditvergabe und damit Wachstum weiter ermöglicht wurde. Mittlerweile ist das Vertrauen jedoch beeinträchtigt auch in Banken und in die Staaten. Fehlentwicklungen gab es im Finanzsystem, in der Finanzpolitik und in der Wirtschaftspolitik. In einer Wirtschafts- und Währungsunion spielen Fiskalpolitik, Geldpolitik und Finanzmarktstabilität zusammen.

Ziel der Geldpolitik muss es sein, Preisstabilität sicherzustellen. Hier ist die Rolle unabhängiger Notenbanken zentral. Banken waren ursprünglich sehr stark geregelt, dann wurde dies gelockert, sie sollten ihr Risiko selbst einschätzen – dabei wurden Vorsorgemaßnahmen und Kapitalaufbau vernachlässigt. Heute erfordert Finanzmarktstabilität, Banken wieder stärker zu regulieren, die Aufsicht zu intensivieren und die Zusammenarbeit zu verbessern.

Die Fiskalpolitik ist gefordert, Wachstumsimpulse zu generieren und die Glaubwürdigkeit wieder herzustellen – es braucht eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Dazu gibt es den Weg der besseren Einhaltung und stärkeren Überwachung bestehender Verträge oder eine stärkere europäische Integration mit dem Ziel einer Fiskalunion, die jedoch Fragen zu Eigenverantwortung / Souveränität vs. Zentralisierung aufwirft: Wie eng soll die Verschränkung sein? Wieviel Souveränität müssen Staaten aufgeben, damit Hilfe möglich ist?

Derzeit stehen die Zeichen eher auf mehr Integration und Richtung politische Union; jedoch ist es eine unruhige Zeit – im Zuge der Krise 2008 wurden bereits in sieben europäischen Staaten Regierungen abgewählt.

Präsident Barroso hat in einer Rede die Elemente einer Bankenunion skizziert: dazu gehören eine integrierte Bankenaufsicht, eine gemeinsame Einlagesicherung und einen europäischen Abwicklungsfonds.

Einer komplett integrierten Fiskalunion müsste neben einer WWU und einer Bankenunion auch eine politische Union zugrunde liegen. Grundsätzlich ist zu sagen, dass durch die Mittelverteilung in der EU bereits heute Elemente einer Transferunion bestehen (z.B. Kohäsionsfond der Europäischen Kommission).

All diese Veränderungen bräuchten Grundsatzdiskussionen, um auch von der Bevölkerung mitgetragen zu werden. Wer wäre zu fragen? Welche demokratische Legitimation braucht es? Wie wäre Akzeptanz, Fairness und Gerechtigkeit erreichbar? Eine Stärkung europäischer Kompetenzen ist angesichts der Instabilität des derzeitigen Systems absehbar, stellt jedoch eine große Herausforderung dar.

Aus der Diskussion:

Frau Tumpel-Gugerell ist heute zuversichtlicher als vor zwei Jahren, denn es gehe nicht mehr um die Frage, ob es gegenseitige Hilfe geben soll, sondern es werden gemeinsame Lösungen gesucht.

Griechenland hat bereits viel aufgeholt, etwa die Neuverschuldung von 15 auf 9% gesenkt – dies wird nicht kommuniziert. Wenig Vertrauen in die eigene Regierung bewirkt auch schwach ausgeprägte Steuermoral. Investitionen sind schwieriger, wenn es wenig Industrietradition gibt.

Griechenland wurde bewusst in die Eurozone aufgenommen auch zur Stabilisierung von Süd- und Osteuropa. Selbst wenn es in einzelnen Ländern sozial ungerechte Steuersysteme gibt (z. B. Reeder von Steuer befreit sind), ist ein Eingriff seitens der EU bis jetzt nicht erfolgt. Großbritannien profitiert von transferiertem Vermögen – ist dies unfair bzw. un-europäisch?

Privater Konsum macht zwei Drittel der gesamten wirtschaftlichen Nachfrage aus. Problematisch wird es, wenn dieser stark kreditgetrieben ist oder durch sinkende Löhne und Gehälter stark einbricht.

Der Finanzsektor ist heute sehr groß und komplex, über Terminverkäufe werden riesige Summen bewegt – die Transparenz ist sehr gering. Die Krise im Finanzsektor beeinträchtigt mittlerweile auch die Realwirtschaft.

Ratingagenturen wurden im 19. Jahrhundert gegründet, funktionieren relativ gut bei der Beurteilung von Firmen. Durch zu enge Zusammenarbeit mit Investmentbanken wurde zu spät gewarnt (Asienkrise 90er Jahre) oder wurden Produkte als zu wenig riskant dargestellt. Seitens der Regulierungsbehörden wurde wenigen, privaten Agenturen eine zu große Rolle gegeben – das Rating ist mittlerweile wichtiger als es die dahinter stehenden Werte sind (Kredite etc.). Die Idee einer europäischen Ratingagentur ist sinnvoll, es werden aber weiterhin andere Ratingagenturen bestehen. Problematisch ist auch, dass die Firmen für ihr „grading“ zahlen, nicht die Investoren.

In Europa gibt es keine gemeinsame Öffentlichkeit, es gibt jeweils nur die nationale Sicht auf Europa, keine gemeinsamen Medien. EU-Politik wird als „Außenpolitik“ gesehen und gegen die nationale Politik ausgespielt. Mediale Themen werden wenig eigene Berichtsfläche gewidmet, es fehlt die erklärende Berichterstattung, etwa über das Europäische Parlament und seine Agenda. Das Gemeinsamkeitsgefühl, das Verständnis, Europäer/in zu sein, fehlt und sollte durch Bildungsmaßnahmen und über Multiplikatoren gefördert werden.

Protokoll: Barbara Streicher